



AMTSBLATT DES OSTALBKREISES

11. März 2016
44. Jahrgang, Nr. 10
www.ostalbkreis.de



Der neu gewählte Vorstand und der Wahlausschuss (von rechts nach links): Otto Reiß (Landwirtschaftsverwaltung), Hubert Kucher (Bauernverband), Danny Eger-Eber, Barbara Schäßle, Bürgermeister Willibald Freihart, Karl Böhm (stellvertretender Vorsitzender), Thilo Albath, Jürgen Schied (Vorsitzender), Rainer Österle, Matthias Heumader, Roswitha Götz, Friedrich Gerstenmeier und die stellvertretende Geschäftsbereichsleiterin Brigitte Winkler

FLURNEUORDNUNG RIESBÜRG-GOLDBURGHAUSEN

Teilnehmergemeinschaft wählt Vorstand

Bei einer Teilnehmerversammlung in Goldburghausen wurden am 3. März fünf Vorstandsmitglieder und fünf Stellvertreter gewählt. Die stellvertretende Geschäftsbereichsleiterin Brigitte Winkler der Unteren Flurbereinigungsbehörde beglückwünschte den neuen Vorstand zu dem ausgesprochenen Vertrauen durch die Grundstückseigentümer.

Die Grundstückseigentümer und damit Teilnehmer des Flurneuordnungsverfahrens Riesbürg-Goldburghausen waren von der Flurbereinigungsbehörde zur Wahl ihrer Vertreter eingeladen worden. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister Willibald Freihart erläuterte Brigitte Winkler den Anwesenden die Pflichten und Aufgaben der Vorstandsmitglieder. Sie betonte, dass dem Vorstand als Bindeglied zwischen Bürgern und Flurbereinigungsbehörde eine herausgehobene Rolle zukommt. Der Vorstand vertritt die Interessen der rund 100 Teilnehmer des Verfahrens. Von besonderer Bedeutung ist die Mitwirkung des Vorstan-

des bei der Aufstellung des Wege- und Gewässerplans und bei der Bodenwertermittlung.

Bürgermeister Willibald Freihart, der Vorsitzende Hubert Kucher vom Kreisbauernverband Ostalb und Otto Reiß von der Landwirtschaftsverwaltung bildeten den Wahlausschuss, der folgende Vorstandsmitglieder ausgezählt hat:

Jürgen Schied (Vorsitzender), Karl Böhm (stellvertretender Vorsitzender), Barbara Schäßle, Rainer Österle und Roswitha Götz. Als Stellvertreter wurden gewählt: Thilo Albath, Friedrich Gerstenmeier, Danny Eger-Eber, Matthias Heumader und Michael Gruber.

Der Ausführende Ingenieur Klaus Humpf führte die Anwesenden anschließend in die Vorhaben der Flurneuordnung für die Jahre 2016/17 ein. Schwerpunkt ist die Wertermittlung der landwirtschaftlichen Böden, die im April 2016 stattfinden wird. Dazu werden landwirtschaftliche Sachverständige alle 25 Meter Bodenproben entnehmen und je nach Qualität in verschiedene Klassen

einteilen, so dass nach der Auswertung jeder Teilnehmer einen Auszug über die Qualität seiner eingebrachten Flächen erhält. Diese Werte sind schließlich auch Grundlage für die spätere Zuteilung. Danach kann die Flurbereinigungsbehörde mit den Planungen des neuen Wege- und

Gewässernetzes beginnen. Auch hier ist die enge Abstimmung mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft und den betroffenen Gemeinden enorm wichtig, damit eine nachhaltige Gestaltung der Verfahrensfläche möglich wird.

HOCH RADIOAKTIVE ABFÄLLE: REGIONEN WOLLEN BEI DER ENDLAGERSUCHE MITREDEN

Eine Workshop-Reihe der zuständigen Endlager-Kommission von Bundestag und Bundesrat, an der auch Vertreter des Ostalbkreises teilnahmen, endete mit einem ungewöhnlich breiten Konsens der Teilnehmenden aus Kreisen und Kommunen. Von Politik und Kommission forderten sie, die Öffentlichkeit bei der anstehenden jahrzehntelangen Suche nach einem Standort für ein atomares Endlager möglichst breit und frühzeitig einzubinden.

Wie kann die Öffentlichkeit bei der Wahl eines Standortes für hoch radioaktive Abfälle beteiligt werden? Um diese Frage zu beantworten, traf sich die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ in den vergangenen vier Monaten mit Landräten, Bürgermeistern, Bürgern, Bürgerinitiativen, NGOs sowie Vertretern von Zwischenlager-Gemeinden. In drei Workshops erzielten rund 120 Teilnehmende aus über 80 Landkreisen und 14 Bundesländern trotz höchst unterschiedlicher kommunaler, regionaler und persönlicher Interessen bemerkenswert einmütige Ergebnisse. Laut Endlager-Kommission fließen diese in deren Empfehlungen an Bundestag und Bundesregierung ein.

In der Workshop-Reihe standen regionale Belange und Sichtweisen im Vordergrund. Denn das Lager hoch radioaktiver Abfallstoffe wird innerhalb Deutschlands, also in einer der 402 Kommunen, errichtet und betrieben werden. Durch die Workshop-Reihe konnten die Teilnehmenden die Grundlagen für einen Prozess legen, der Deutschland noch viele Jahrzehnte beschäftigen wird. Seit ebenso vielen Jahrzehnten aber spaltet die Frage nach dem richtigen Umgang mit der Atomenergie und ihren Hinterlassenschaften die verschiedenen Akteure und die Gesellschaft. Die Workshop-Reihe hat sich als ein gutes Forum erwiesen, solche Gräben zu überwinden. Die Teilnehmenden erarbeite-

ten zunehmend sachorientiert, ergebnisoffen vor allem aber gemeinschaftlich die Voraussetzungen und Anforderungen für das Standortauswahlverfahren.

„Die Ergebnisse wurden überwiegend im Konsens erzielt. Das ist ein großer Erfolg bei einem so konfliktträchtigen Thema. Ich habe den Eindruck, alle haben sich verantwortlich gefühlt, einen Beitrag zur Lösung des historischen Problems zu leisten“, so Projektleiterin Helma E. Dirks von der Prognos AG, die von der Endlager-Kommission mit der Moderation und Organisation der Workshops beauftragt war. Die Ergebnisse hat Prognos in einer Gesamtdokumentation zusammengestellt. Bereits nach den ersten Gesprächen war klar: Das Interesse der Regionen, aktiv beteiligt zu werden, ist groß. Beim ersten Workshop am 12. Oktober entstand die Forderung nach einem „Rat der Regionen“ – einem Gremium, das die regionalen Interessen in dem Jahrzehnte dauernden Suchprozess vertreten soll. Bis ein solcher Rat einberufen wird, möchten die Teilnehmenden die Workshops für Regionen fortsetzen. Sobald mögliche Standorte für ein Endlager erkundet werden, sollen in diesen Gebieten zudem Regionalkonferenzen für kommunale Vertreter, Verbände, Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. Vor allem die planerischen Kriterien, die beim Vergleich mehrerer Standorte wichtig werden, sollten nicht in regionaler Verantwortung liegen, sondern auf Bundesebene abgewogen werden, so eine weitere Forderung.

Nähere Informationen zu den Ergebnissen der Workshop-Reihe: Felizitas Janzen, Leitung Unternehmenskommunikation bei Prognos, Tel.: 0 30 52 00 59-2 22, E-Mail: presse@prognos.com, www.bundestag.de/endlager.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Landtagswahl am
13. März 2016

Der gemeinsame Kreiswahlausschuss für die Wahlkreise Nr. 25 Schwäbisch Gmünd und Nr. 26 Aalen wird unter Vorsitz des Kreiswahlleiters, Landrat Klaus Pavel, das endgültige Ergebnis der Landtagswahl am 13. März 2016 feststellen. Die

Sitzung beginnt am Donnerstag, 17. März 2016, um 11:00 Uhr im Landratsamt Ostalbkreis, Stuttgarter Straße 41 in Aalen, Besprechungszimmer 471 (4. OG) und ist öffentlich.

Landratsamt Ostalbkreis
Kommunalaufsicht
Az.: I/11-062.21